

An die
Medien des Kantons Bern

Vernehmlassung des HIV zum Pensionskassengesetz

Bern, 5. Oktober 2012. Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern fordert in seiner Stellungnahme zur anstehenden Revision des Pensionskassengesetzes, dass die Problematik durch den Kanton nach dem Vorbild privater Unternehmen angegangen wird.

Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern hat heute seine Stellungnahme zum Revisionsentwurf des Pensionskassengesetzes abgegeben. Der Unternehmerverband fordert als oberstes Ziel, dass die vorliegende Problematik so betrachtet und gelöst wird, wie dies bei privaten Arbeitgebern, welche in der Vergangenheit ebenfalls ihre Pensionskasse sanieren mussten, geschehen würde.

Der bestehende Sanierungsbedarf in Milliardenhöhe sei das Resultat einer längeren Entwicklung in den vergangenen Jahren. Der HIV erinnert daran, dass beide Pensionskassen Ende 2000 einen Deckungsgrad von 100 Prozent aufwiesen und ausfinanziert waren, nachdem damals ausschliesslich zu Lasten des Kantons und damit der Steuerzahler rund CHF 1,5 Milliarden Franken eingeschossen wurden. Wenn nun bereits wieder massiver Sanierungsbedarf bestehe, so könne es nicht angehen, diese Probleme erneut einseitig zu Lasten der Steuerzahler zu lösen. Bei der anstehenden Sanierung müsse vielmehr eine Opfersymmetrie zur Anwendung kommen. Die Versicherten als Nutzniesser müssten in erkennbarer Weise zur Sanierung ihrer Pensionskassen und damit zur Sicherstellung ihrer künftigen Rentenleistungen beitragen. Vorab müsse die Sanierung über höhere Beiträge der Versicherten erbracht werden (selbstverständlich mit paritätischer Beteiligung des Kantons als Arbeitgeber). Damit die Beiträge als Folge der 10-Jahres-Sanierungsfrist nicht ins Unermessliche stiegen, solle eine Vorfinanzierung durch den Kanton erfolgen, welche aber innert 40 Jahren mit Beitragszahlungen zu amortisieren sei.

Selbstverständlich befürwortet der HIV zwingend den Primatwechsel und kann eine Übergangslösung für ältere Versicherte zu Lasten des Kantons grundsätzlich akzeptieren, sofern dann die Sanierung paritätisch getragen wird. Klarerweise spricht sich der HIV für die Zukunft gegen jegliche Staatsgarantien und für eine Vollkapitalisierung der beiden Kassen aus.

Ziemlich grotesk findet der HIV, dass der Regierungsrat unter Ziff. 13 im Vortrag bemerkt, die Vorlage habe „keine Auswirkungen auf die Wirtschaft“. Die zusätzliche Verschuldung (selbst wenn auf der Aktivseite dank HRM2 eine buchhalterische „Kompensation“ erfolgt, welche notabene mit der vorliegenden Revision in keinem Zusammenhang steht) bewirkt doch, dass absolut notwendige Steuersenkungen künftig zusätzlich erschwert werden und damit der Wirtschaftsstandort Bern geschwächt wird.

Weitere Auskünfte erteilt:

Bernhard Ludwig, Präsident HIV, Tel. Mobil 079 354 74 42

Adrian Haas, Direktor HIV, Tel. Mobil 079 717 24 24